

(Abg. Lieberach.)

- (A) eignen Vaterlande produziert, sondern indem man das Profitinteresse zurückstellt und sich auf den Boden eines allgemeinen Bündnisses mit Sowjet-Rußland stellt. Nur dadurch ist es möglich, nationale Grenzen zu befeitigen, den Paßzwang mit allen seinen Schikanen aus der Welt zu schaffen und die nationale Selbständigkeit für die kleinsten nationalen Einheiten herbeizuführen. Wir werden trotz der nationalen Heße des Herrn Antragstellers dem Antrage zustimmen.

**Stellvertretender Präsident Dr. Ehardt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

**Abgeordneter Dr. Hartwig (Schlußwort):** Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Schembor hat ausgeführt, ich hätte erklärt, die Träger der Revolution hätten die Bildung eines Großdeutschland verhindert. Das habe ich nicht gesagt. Ich habe ungefähr gesagt: Sie haben den historischen Augenblick veräümt, um vollendete Tatsachen zu schaffen. Das wird mir von der Sozialdemokratie kaum bestritten werden können.

- Mich hat überaus interessiert, daß der Herr Abg. Schembor den schweren Kampf der sudetendeutschen Bevölkerung mit „Meinungsverschiedenheiten“ bezeichnete. Ich bitte Herrn Schembor, in einer der letzten Nummern der Dresdner Volkszeitung nachzulesen; da führt ein sudetendeutscher Sozialdemokrat einiges über den gemeinsamen Kampf gegen die Tschechen aus, was ganz anders klingt, als Meinungsverschiedenheiten. Überzeugen Sie sich erst einmal davon, daß dort die Sozialdemokratie unter dem höheren Gesichtspunkte der deutschstämmigen Einigung Schulter an Schulter mit den sogenannten bürgerlichen Parteien kämpft. (Abg. Schembor: Ich verurteile auch die Bedrängnis der Deutschen!)

Daß die Deutsche Volkspartei eine Gegnerin des deutschen Einheitsstaates sei, wie Herr Schembor ausführte, ist mir vollkommen neu. Ich bitte Herrn Schembor, einmal im Programm der Deutschen Volkspartei nachzulesen (Zuruf b. d. Komm.: Die hat ja gar keins!); da wird er finden, daß die revolutionäre Entwicklung des deutschen Einheitsstaates einer der wesentlichsten Punkte dieses Programms ist. Wie man die sudetendeutsche Frage als zusammenhangslos mit der Frage der Aufhebung des Sichtvermerkszwanges bezeichnen kann, ist mir unverständlich. Wenn wir den Sichtvermerk fallen lassen, dann ist uns die Gelegenheit gegeben, die Kulturgemeinschaft mit den Sudetendeutschen in wesentlich höherem Maße zu erzielen.

Dem kommunistischen Redner kann ich in seiner Programmrede für das Bündnis mit Sowjetrußland nicht folgen. Ich möchte aber Herrn Renner auf seinen lebenswürdigen Zwischenruf „Quatsch“ nahelegen, sich, ehe er sich einen solchen Zwischenruf, der von kommunistischer Seite ja überaus harmlos ist, leistet, erst einmal mit den Tatsachen zu beschäftigen, die sich im Prager Parlamente abgespielt haben. Als ich über das Selbstbestimmungsrecht sprach, erklärten Sie meine Ausführungen für Quatsch. (Zuruf des Abg. Renner: Das ist schon kein Quatsch mehr, das ist Unsinn! — Stellv. Präsident Dr. Ehardt: Herr Abg. Renner, ich rufe Sie zur Ordnung!)

Der Vorsitzende der tschechischen kommunistischen Fraktion, der Herr Abg. Dr. Smeral, hat in der Eröffnungssitzung des Prager Parlamentes vor kurzem als Beauftragter Mosklaus erklärt, daß das Selbstbestimmungsrecht bis zum äußersten, d. h. bis zur Auflösung

des Staatsverbandes durchzuführen sei. (Zuruf links: (C) Dagegen spricht doch keiner von uns!)

**Stellvertretender Präsident Dr. Ehardt:** Wir kommen zur Abstimmung.

Will der Landtag entsprechend dem Antrage Drucksache Nr. 1638 beschließen?  
Einstimmig.

Ehe wir in der Tagesordnung weitergehen, verkünde ich die Tagesordnung für die 163. Sitzung, Donnerstag, den 21. Januar 1926, vormittags 11 Uhr.

(Vortrag der Tagesordnung.)

**Abgeordneter Renner:** Ich beantrage, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung den von meiner Fraktion eingebrachten Antrag auf Auflösung des Landtages zu stellen und ihn als ersten Punkt in der Sitzung zu behandeln. Es ist vollständig überflüssig, die Etrede des Herrn Finanzministers noch zu hören und überhaupt in die Beratung des Etats einzutreten. Wenn der Landtag aufgelöst werden soll und muß, dann ist es die Aufgabe des nächsten Landtags, sich mit einer solchen Frage zu beschäftigen. Das Verlangen nach Auflösung des Landtags kommt ja nicht nur von meiner Fraktion, es ist in Sachsen überhaupt außerordentlich groß, ganz besonders groß unter den Kreisen, die hier von der Mehrheit der Abgeordneten vertreten werden. (Hört, hört! rechts. — Sehr richtig! b. d. Komm.)

Die sächsische Regierung hat, das haben wir schon oft festgestellt, zwei Jahre eine Tätigkeit vollführt, die gegen die Interessen der Arbeiterschichten gerichtet ist, und diese Schichten haben im breitesten Maße in Sachsen die Auflösung dieses Landtages und das Verschwinden dieser Regierung gefordert. Es haben dazu Stellung genommen nicht nur Versammlungen meiner Fraktion, sondern vor allen Dingen fast sämtliche sozialdemokratische Parteiorganisationen Sachsens; es liegen Anträge der Organisationen von Plauen, Zwickau, Chemnitz und Dresden vor, die eine Auflösung des Landtages noch im Laufe dieser Woche verlangen. Und wir glauben, da die Mehrheit der Abgeordneten diejenigen Leute vertritt, die die Auflösung des Landtags mit aller Entschiedenheit gefordert haben, ist es eine Pflicht der Vertreter dieser Leute, die diese Forderung gestellt haben, dem Auflösungsantrag zuzustimmen. Wir beantragen deshalb, daß wir in der nächsten Sitzung nicht erst die Ministerrede hören, sondern daß die Frage der Auflösung des Landtags auf die Tagesordnung gestellt wird. Sollte es zu einer Auflösung des Landtags kommen, so dürfte ja sowieso die Aufgabe der neu zu bildenden Regierung, die dann zustande käme, sein, dem Landtage einen neuen Etat vorzulegen. Das, was jetzt noch durchgeführt würde, eine Besprechung des Etats oder die Reden der Minister, wäre eine völlig überflüssige Arbeit, und es hätte gar keinen Zweck, die Tätigkeit des Landtags damit noch zu belasten und noch mehr Arbeit durchzuführen, insbesondere da ich annehmen darf, daß die gewählten Vertreter der Arbeiterschaft den Wünschen ihrer Wähler, der Partei, von der sie den Auftrag haben, sie hier zu vertreten, Rechnung tragen werden. Ich bitte also, unseren Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Die Fristen dafür sind gewahrt. Der Antrag ist gestern nachmittag dem Präsidium übergeben worden. Er kann heute im Druck erscheinen. Es besteht also sehr wohl